

Der Einsatzleiter verteidigte am Donnerstag sein Vorgehen damit, dass es sich bei dem antifaschistischen Bildungscamp um ein „geheimes Treffen“ gehandelt hätte.

Peršmanhof: Polizei räumt Fehler ein

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen,8.3. 2026)

Der Polizeieinsatz auf dem Peršmanhof ist am Donnerstag Thema im Landesverwaltungsgericht gewesen. Drei Frauen hatten eine Maßnahmenbeschwerde eingebracht, mit der sie sich gegen die Identitätsfeststellung durch die Polizei zur Wehr setzen. „Der Standard“ berichtete, dass die Landespolizeidirektion Fehler einräumte.

Eine ehrenamtliche Museumsmitarbeiterin und zwei Frauen, die beim antifaschistischen Camp auf dem Peršmanhof im Juli 2025 dabei waren, brachten die Beschwerden ein. Bei der Verhandlung musste auch der Einsatzleiter erstmals öffentlich aussagen, so "Der Standard". Er hätte sich wegen eines anderen Verfahrens der Aussage entschlagen können, worauf den Richter Burghard Rulofs ausgerechnet der Anwalt der drei Frauen, Clemens Lahner, hinwies. Doch der nach dem Einsatz versetzte Beamte wollte reden – in Repräsentationsuniform.

Der Einsatzleiter habe alle Anwesenden aufgefordert, sich auszuweisen und die Ausweise fotografiert, schildert eine der Frauen, die gegen die Identitätsfeststellung Beschwerde eingelegt haben, so die Zeitung. Später, als sie mit den Autos wegfuhr, seien sie von der Polizei ein weiteres Mal kontrolliert worden. Der Anwalt der drei Frauen kritisiert das pauschale Vorgehen der Polizei gegen alle im Museum anwesenden Personen.

Polizei: Fehler bei Identitätsfeststellung

Der Einsatzleiter verteidigte am Donnerstag sein Vorgehen damit, dass es sich bei dem antifaschistischen Bildungscamp um ein „geheimes Treffen“ gehandelt hätte.

Als Zeuge geladen war auch ein Jurist der Landespolizeidirektion. Er räumte in einem Nebensatz ein, so der „Standard“ dass „Fehler passiert“ seien. Auf Nachfrage des ORF hieß es am Freitag von der Polizei, dass sich der Beamte mit dieser Aussage auf den Abschlussbericht der Analysekommision des Ministeriums und die Identitätsfeststellung bezogen habe, aber nicht auf den gesamten Einsatz am Peršmanhof. Darüber können nur die Gerichte urteilen, so die Polizei.